



HESSISCHER LANDTAG

02. 06. 2026

Plenum

Entschließungsantrag

Fraktion der CDU,**Fraktion der SPD**

Transatlantische Neuordnung: Hessen befürwortet das strategische Umdenken der Bundesregierung in der Außen- und Sicherheitspolitik

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die regelbasierte Ordnung der internationalen Gemeinschaft gegenwärtig vor großen Herausforderungen steht. Souveränitätsprinzip, Gewalt- und Interventionsverbot entfalten nicht mehr die gleiche Schutzwirkungen wie früher. Russland führt seit mehreren Jahren einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Der Iran verfolgt in Teilen seiner Außen- und Sicherheitspolitik über regionale Akteure Interessen, die zur Destabilisierung beitragen und sich gegen das Existenzrecht Israels richten. Wir sind damit wieder in einer weltpolitischen Situation, in der auswärtige Mächte um geopolitische Einflusssphären ringen und schwächere Nationen ihren strategischen Interessen gefügig machen wollen. Das erzeugt erhebliche Unsicherheit auch in unseren Gesellschaften, weshalb liberale Demokratien in ihre eigenen Fähigkeiten investieren, nach neuen Bündnissen suchen und zu verteidigungspolitischer Autonomie finden müssen.
2. Der Landtag begrüßt deshalb die strategische Neuausrichtung der Bundesregierung in der Außen- und Sicherheitspolitik. Das gilt auch und vor allem für das transatlantische Verhältnis. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den USA erleben derzeit erhebliche Spannungen. Deren institutioneller Rückzug, sachfremde Zollpolitik und militärischen Drohungen in der Grönlandfrage haben alte Gewissheiten erschüttert. Europa muss deshalb zu neuer sicherheits-, aber auch wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Souveränität finden, seine politischen Prioritäten neu ordnen und die eigenen Interessen selbstbewusster durchsetzen. Es hat viele Stärken, die es effektiv ausspielen kann. Das gilt auch und vor allem für Deutschland, das als geostrategische Mittelmacht und drittgrößte Volkswirtschaft der Welt eine herausgehobene Stellung einnimmt. Die signifikant gestiegenen Verteidigungsausgaben, aber auch die Handelsabkommen mit anderen Weltregionen zeigen, dass Europa sein Schicksal selbst in die Hand nehmen will und seine Freiheit wirksam verteidigen kann, ohne dabei das transatlantische Bündnis und die freundschaftlichen Beziehungen zu den USA grundsätzlich infrage zu stellen.
3. Der Landtag betont insofern, dass die historische und ideelle Verbundenheit mit dem amerikanischen Volk auch unter den gegenwärtigen Spannungen nicht vergehen wird. Er erinnert, dass die Vereinigten Staaten von Amerika am 4. Juli 2026 ihr 250-jähriges Bestehen feiern werden. Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung am 4. Juli 1776 war eine epochale Zäsur, welche die freiheitlich-demokratische Entwicklung der westlichen Wertordnung wesentlich geprägt hat. In Ansehung dieser wirkmächtigen, jahrhundertelangen Tradition der amerikanischen Verfassungskultur ist der Landtag zuversichtlich, dass sich die dortigen politischen Verhältnisse wieder mäßigen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die gesellschaftlichen Kontakte, der wissenschaftliche Austausch und auch die unternehmerischen Kooperationen mit den Vereinigten Staaten von Amerika weiterhin stark und lebhaft bleiben. Gute und partnerschaftliche Beziehungen zu den USA behalten für uns eine hohe Priorität. So begeht auch die Regionalpartnerschaft zwischen Hessen und Wisconsin dieses Jahr ihr 50-jähriges Jubiläum. Schließlich bleiben auch die institutionellen Strukturen der NATO, wie das „NATO Security Assistance and Training for Ukraine (NSATU)“ in Wiesbaden-Erbenheim zeigt, noch immer funktionstüchtig.

4. Ohne die Europäische Union (EU) wird es den Vereinigten Staaten von Amerika in der Zukunft auch nicht gelingen, im geopolitischen Wettstreit zu bestehen. Die EU muss die transatlantische Neuordnung deshalb als historische Chance begreifen, die eigenen Interessen in Sicherheits-, Handels- und Wertfragen selbstbewusst zu verteidigen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 2. Juni 2026

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert